

Transkaukasische Post

№ 11 1919

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals C. Kuffermann). Zwecksünden: 10-12 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 1 R. 50 K. für 1 Mt. Anzeigen; die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 1 R. 50 Kop. auf der 4. Seite 1 R.

Nr. 66.

Tiflis, den 24. August 1919.

11. Jahrgang.

Diese Nummer erscheint wegen des Feiertages am vorigen Dienstag (6. 19. VIII) nur in halbem Umfange. Aus demselben Grunde verspätet die № 65 um einen Tag. Die S. hriftleitung.

Die Delegierten-Versammlung des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

(1. Fortsetzung.)

Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Katharinenfelder Delegierten G. Kraemer und dem Mitgliede des Zentral-Vorstandes (Wanderlehrer) G. Schaal und einer gleich kurzen, zur Mäßigung mahnenden Anrede des Vertreters der Tifliser Ortsgruppe M. Jaefel, in betreff Beurteilung des angeblich so allgemein ablehnenden Verhaltens der Ortsgruppen zu den Aufgaben des Verbandes, ergreift der Abgeordnete von Chibattal (Mitglied der aera. Gründungsversammlung) P. Bahl das Wort und verichert, daß bei weitem nicht alle Ortsgruppen sich in der geringsten Weise zum Verbands- und zur „Kauf. Post“ verhielten; es gäbe auch sehr ehrenvolle Ausnahmen, wie z. B. Katharinenfeld und manche andere Kolonien, in denen er die Verhältnisse aus eigener Anschauung kenne; manche Ortsgruppe, die eben nicht vertreten sei, wie z. B. Eigenfeld, sei gewiß nicht gegen, sondern für den Verband, und sollte man daher erst nachforschen, woran es gelegen habe, daß diese Ortsgruppen keine Delegierten zur tagenden D. V. entsandt, die man über sie den Stab brähe; was aber die an und für sich gewiß beklagenswerte, vom stellvertretenden Wanderlehrer G. Schaal betonte Indolenz (Schlafheit) der von ihm besuchten Gemeinden betreffe, so sei sie entschieden in erster Linie auf die strenge Arbeitsszeit zurückzuführen, weiterhin aber auf den Umstand, daß sein Entreffen in den meisten Fällen so überraschend gekommen sei und niemand sich Rechenschaft darüber gegeben habe, welche nachteilige Beurteilung das laze Verhalten zu den wohlgemeinten Wünschen des Wanderlehrers auf der D. V. finden würde; hiervon ausgehend, sei auch er, Redner, der nämlich Ansicht, wie sein Vorgesandter (M. Jaefel), daß man mit den vermeintlich „pflichtvergessenen“ Ortsgruppen nicht allzu sehr in's Gericht gehen dürfe.

Den Vorsitz übernimmt nun Th. Hummel. In seinem Auftrage verlesen die Schriftführer der gegenwärtigen Versammlung gewählt wurden zu solchen die Delegierten M. Jaefel und G. Reitenbach die von den einzelnen Ortsgruppen im Hinblick auf die in Rede stehende D. V. und deren Tag- und Sitzungsgesamtheit in entprechenden Protokollen niedergelegten „Bechlüsse“, in denen zugleich die Vollmachten der erschienenen Delegierten enthalten sind, sowie eine Anzahl der Gemeinde Georgstal, die, wie bereits erwähnt, keinen Vertreter zu der heutigen Versammlung entsandt hat. Aus den verlesenen Schriftstücken ist zu ersehen, daß Georgstal und Annenfeld sich von dem Verbandslosgang (letzteres mit dem Verpöden, alle Klustände sofort zu begleichen), die übrigen (9) auf der D. V. vertretenen Ortsgruppen über bereit sind, den Verband sowohl, als auch das Verbandsorgan, die „Kauf. Post“ aufrecht zu halten, und zwar mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, da sie von der dringende, Notwendigkeit beider überzeugt seien, namentlich in einer Zeit, wie wir sie gerade durchleben, einer schweren, an Liberalitäten so über aus reichen und keineswegs zu den besten Hoffnungen berechtigenden Zeit, ja, einer Zeit, in der die Neugruppierung ganzer Staaten und Völker den nationalen (völkischen) Minderheiten, die sich in deren Mitte befinden, insbesondere auf's nachdrücklichste gebietet, sich zu sammeln und in weitestgehender Vereinigung alle Kräfte anzuspannen, um ihre Eigenart, die Vorzüge ihrer Rasse, die heiligen Güter, die sie „ererbte von ihren Vätern“, zu erhalten, zu Aus und Fördern ihrer selbst (der lebenden Generation) und des kommenden Geschlechtes, ihrer Kinder und Kindeskinde! Die verlesenen Schriftstücke enthalten auch die Zustimmung zur schleunigen Verwirklichung des Beschlusses der vorigen Delegierten-Versammlung hinsichtlich Anstellung eines Wanderlehrers, der als Bindeglied zwischen dem Zentral-Vorstand und den Ortsgruppen, als Vermittler zwischen ihnen (außer der „Kauf. Post“), vorderhand, d. h. bis die Verbandsstätigkeit sich im Bewußtsein der Masse als ganz geläufige Vorstellung festgesetzt haben würde, nicht minder notwendig sei als der Verband und die Zeitung selbst. — Im Anschluß an die Verlesung besagter Schrift-

stücke teilt der Delegierte M. Jaefel der Versammlung mit, daß Georgstal, bereits vor Jahresfrist aus dem Verbandsausgetreten, beabsichtige, letzteren wieder beizutreten, und den Willen gehabt habe (dieser sei ihm durch maßgebende Persönlichkeiten kundgegeben worden), auch seinerseits zur tagenden D. V. einen Vertreter zu entsenden, leider sei letzterer nicht erschienen; weshalb nicht, könne er nicht sagen, da er den Grund selber nicht wisse; aber das sollte das ausführende Organ der D. V., den Zentral-Vorstand, nicht davon abhalten, dem Verlangen genannter Gemeinde entgegenzukommen und seine Verwirklichung dadurch zu beschleunigen, daß es ein Mitglied dorthin beordere, welches den „Abtrünnigen“ noch einmal die Bedeutung der Verbandsorganisation in unserer ersten Zeit für das gesamte Deutschum in Transkaukasien mit möglicher Objektivität vorbilde und sie im allgemeinen Interesse zum Wiedereintritt in den Verband drüft auffordere. Dieser Modus einer Verständigung sollte nach seiner (M. Jaefels) Meinung auch in bezug auf die Gemeinden Annenfeld und Georgstal angewandt werden, denn es liege ja auf der Hand, daß ihre Austrittserklärungen einzig und allein auf großen Mißverständnissen beruhen.

Der Delegierte E. Kamparter gibt sich mit den „so strikt ausgeprochenen Wünschen“ der im Verbandsangehörigen verbleibenden Ortsgruppen: daß Verband und Verbandsorgan („K. P.“) bestehen bleiben und ein Wanderlehrer angestellt werden soll, und wie sie sonst lauten mögen, — nicht zufrieden und schlägt der Versammlung vor, sich vor allem mit der Frage zu beschäftigen, welche Garantien zu schaffen wären, um diese Wünsche auch verwirklicht zu sehen. Mit frommen Wünschen sei unserer Sache nicht viel gedient, wie die Erfahrungen lehren, die aus dem Bericht des Zentral-Vorstandes (zu Beginn dieser Sitzung) hervorgingen. Selbstverständlich wolle das Geld hierbei die Hauptrolle. Auch sei es verständlich, daß der Zentral-Vorstand nicht nur auf die Begleichung der Rückstände, sondern auch auf die Vorauszahlung der nächsten Quartalsrate besticht. Denn ohne Betriebskapital lässe sich nun mal kein Unternehmen halten, geschweige denn weiter ausbauen. Aber für die Einhaltung der diesbezüglichen Bechlüsse, für ihre prompte Durchführung — zum anberaumten Termin! — und Verbindlichkeit von Rücklagen, wie sie einige Ortsgruppen hüttenmach beklagt haben, — gerade hierfür müßten die Garantien geschaffen werden, von denen er (Kamparter) sprach. Nicht jede Ortsgruppe werde in der Lage sein, die auf sie prozentualente entfallende Zahlung für das ganze Quartal (Kontrolljahr) pränumerando zu entrichten (z. B. in Tiflis, wo die Abonnementgeber für die „K. P.“ monatlich eingezogen werden, würde diese Verpflichtung einwillig nicht gut durchführbar sein); auch sonst könnten seitens der einen oder der anderen Ortsgruppe diesbezüglich Sonderwünsche geäußert werden; die D. V. läme vielleicht auf einen anderen Modus der Sicherstellung des Geschäftsbetriebes des Verbandes und der „K. P.“, falls der vom Zentral-Vorstand ultimativ gestellte Antrag als zu rigoros (strenge) befunden werden sollte. Mit einem Wort, die Prüfung dieser Frage (Garantienforderung) erweise ihm, Redner, als die zunächst wichtigste und deshalb rege er sie auch an erster Stelle an.

Der Vorsitzende, Th. Hummel, hält es für seine Pflicht, ehe die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung schreitet, die aus dem Verbandsausgetretenden Ortsgruppen auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die für sie mit der Liquidation ihrer Beziehungen zum Verbandsausgetretenden könnten. Ihre Austrittsformie, gemäß den Satzungen, erst auf der nächsten (2.) D. V. genehmigt werden; bis dahin blieben sie selbstverständlich in materiellem Hinsicht mitverpflichtet, d. h. hätten an allen Ausgaben des Verbandes, nicht ausgenommen die mit dem Weitererzählen der „Kauf. Post“ (falls sie von dieser D. V. beschloffen würde) verbundenen Ausgaben, in den auf sie entfallenden Beträgen (%) teilzunehmen; im Falle der Liquidation des Verbandes und der „Kauf. Post“, oder auch nur letzterer, hätten sie die Unkosten derselben erst recht mitzubegleichen, da sie im Moment dieser zweifelsohne noch als vollberechtigte, also auch vollens verpflichtete Mitglieder des Verbandes zu gelten hätten. Sollten

Ernst, Gottlob, Eduard, Ferdinand, Otto, Erna, Ida, Emma Allmendinger machen hiermit die traurige Anzeige von dem Tode ihres Vaters
Josef Allmendinger,
welcher den 16. August, 8 Uhr morgens, in Tiflis, im Deutschen Lazarett, an seinem ihm auf seinem Gute Kamerlo bei Katharinenfeld am 14. August, 11 Uhr abends, mouchlings (im Schlafe), beigebrachten zwei Schusswunden (durch die linke Achsel) starb.
Friede seiner Asche!

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Anzeige, dass meine liebe Frau
Maria Allmendinger
(geb. Briem)
den 14. August, 8 Uhr abends, aus dem Leben geschieden ist.
Der trauernde Gatte
Johannes Allmendinger.

Vereinskommission.
Sonnabend, den 23. August 1919,
Kino-Abend
nachfolgend **T-A-N-Z.**
Bei Regenwetter wird die Kinovorstellung auf Sonntag d. 24. VIII. 1919 verlegt.
Eintritt: 5 Rbl. Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Kommission.

Bierbrauerei Dittrich
kauft
Hopfen
zu höchsten Preisen.

diese Ortsgruppen oder die Sektionen misachten und es auf einen sofortigen faktischen (nicht rechtlich verbindlichen) Bruch mit dem Verbande ankommen lassen und dementsprechend ihren Zahlungsverpflichtungen für das nächste Quartal nicht gerecht werden, so würde der Verband natürlich seinerseits, ehe das Gericht das entscheidende Wort in dieser Angelegenheit gesprochen haben würde, den widerstrebenden Gemeinden (Ortsgruppen) alle die Rechte vorenthalten, die sie auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Verbande sonst hätten beanspruchen können. Das gälte namentlich hinsichtlich der bestellten Schulbücher, die ihnen im besten Falle für den augenblicklichen, nicht aber für den Einkaufspreis überlassen werden würden, was einen großen Unterschied ausmache, wenn man bedenkt, daß die deutsche Mark, die im vorigen Jahre noch mit 80 Kop. berechnet wurde, heute ungefähr das Zehnfache (6-8 K.) kostet. Sollte der Verband jedoch jenen Kolonien die Bücher überhaupt nicht ausändigen, so wären sie genötigt, dieselben für eigene Rechnung zu verschreiben, was ihnen noch viel teurer, etwa das Doppelte von dem Zeitnaden, also das Zwanzigfache des Preises, für die sie erworben wurden, zu stehen käme, da die Bücherpreise mittlerweile auch in Deutschland gegen das Vorjahr mindestens um das Doppelte gestiegen seien. Aber auch sonst könnten sich Unannehmlichkeiten aus dem Abfall ergeben, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich garnicht voraussehen ließe, in welcher Verlegenheit so eine isolierte (verarmte) Gemeinde geraten könnte. Die Hilfe, welche diese Kolonien (wie namentlich Georgstal) von dem Mitgliede der Gründungsverammlung in Georgien, das durch die Vermittlung des Verbandes in dieselbe gewählt worden sei, und von dem Mitgliede des Parlaments in Abjerbeidjan, das seine Zugehörigkeit zu diesem dem dortigen Deutschen National-Rat verdanke, mit so großer Bestimmtheit erhoffen, dürfte am Ende ausbleiben, da nicht anzunehmen sei, daß die bezeichneten Volksvertreter sich genötigt fühlen würden, neben den Interessen der zum Verbande zählenden Ortsgruppen auch die der abtrünnigen Gemeinden vor den Behörden und Synthos zu vertreten, was bekanntlich nicht im untersten zu den Obliegenheiten der Deputierten gehört, sondern von ihrem guten Willen abhängt, der selbstredend nicht darauf gerichtet sein könnte, der Loslösung der einen oder anderen Ortsgruppe vom Verbande Vorstoß zu leisten. Im Falle einer Sprengung des Verbandes hätten diese Ortsgruppen erst recht nichts zu erhoffen, da dann die deutschen Abgeordneten höchstwahrscheinlich ihre Mandate niederlegen würden, weil sie den Verband nicht mehr hinter sich wüßten, dessen Autorität vor ihrer Stellung in den genannten gezelebenden Körperschaften und ihrem Einfluß in den Regierungsinstitutionen wirtschaftliche Bedeutung verlor. — Das Mitglied des Zentral-Vorstandes G. Fried, vom Vorsitzenden hierzu aufgefordert, gibt seine Erklärung bezüglich der Bücherbefehle an, beruht sich dabei auf die vom Lehrer J. Walter, der die Befehle im Auslande effektuiert hat (in Gemeinschaft mit Th. Hummel), unlangst beim Zentral-Vorstande verabschiedete schriftliche Aufstellung, bekräftigt die vom Vorsitzenden erwähnte Preissteigerung, hinsichtlich der Mark und der Bücher selbst, und betont zum Schluß, daß er seine an den Zentral-Vorstand gerichtete Eingabe betreffs Rückerstattung der von ihm für den Ankauf der Bücher seinerzeit nach Deutschland überwiesenen 30 000 Abl. zu dem in ihr vorgegebenen endgültigen Termine (1. September) aufrecht halte, und falls sein Ultimatum nicht den erwünschten Erfolg haben würde, er keinen Moment abgelenkt werde, die Bücher im Auslande zu verkaufen und sich seine 48 000 Mark (= 60 000 Abl.) dort zuguschreiben zu lassen, die in transkaukasische Bona umgerechnet, einen Wert von wenigstens (6 x 20000 =) 288 000 Abl. repräsentieren, ein Vermögen, das der Verband durch sein beharrliches Nichtbeachten seiner moralischen und rechtlich wohl begründeten Forderung ihm wider Willen andränge! Für den Verband hätte dasselbe Vermögen (in Büchern, nach dem heutigen Preisstande derselben und dem gegenwärtigen Kurse der Mark) natürlich den doppelten Wert, d. h. mehr als eine halbe Million (in transk. Bona)!! Wenn die Ortsgruppen zu kurzichtig wären, ihren eigenen Vorteil zu begreifen, so jähre er (G. Fried) nicht ein, weshalb er noch weiter den Ärger dieser Kurzichtigkeit mittragen solle.

Hierauf ergreift das Wort wieder der Vorsitzende, Th. Hummel, und bittet die Versammlung, sich nach dieser vorläufigen Klärung der durch den bereits angemeldeten Austritt der Ortsgruppen Georgstal und Annensfeld und den nicht unwahrscheinlichen Abfall der übrigen (6) nicht vertretenen Ortsgruppen (Alexandersdorf, Jakobli, Ormanschen, Alexandersdorf, Eugenfeld und Traubenfeld) geschaffenen Sachlage darüber klar werden zu lassen ob die nachbleibenden 9 Ortsgruppen überhaupt imstande sein würden, den Verband und namentlich die „Kauf. Post“ aufrecht zu halten, für welche letztere der Vorschlag für das neue Quartal, gerechnet vom 1. August, 35 000 Abl. monatlich betrage. — Zu diesem letzteren Posten des Verbands-Budgets gibt, auf die Aufforderung des Vorsitzenden, der schriftleitende Redakteur der „Kauf. Post“, A. Juszeff, eine detaillierte Erklärung ab, aus welcher erhellt, daß die monatliche Verbrauchsgröße (gegen den Vorschlag für das verfloßene Quartal) von rund 15 000 K.

durch die enorme Verteuerung des Papiers (670-1000 K. pro Rub.), die Erhöhung der Arbeitslöhne für die Seher (um 35%), Vermehrung der Druckkosten (um 25%) usw. bedingt ist. Die angelegte „Minütergasse“ des Redakteurs sei in dem neuen Vorschlag so ziemlich der kleinste Posten, ein Zehntel der Gesamtausgabe, wobei noch zu berücksichtigen sei, daß der Redakteur zugleich die Korrekturen besorge, für die eigentlich eine besondere Persönlichkeit angestellt werden müßte, die einen Gehalt von mindestens 1400 Kbl. beanspruchen würde, d. h. einen solchen, wie ihn heute jeder gewöhnliche Arbeiter in der Typographie erhält. Im übrigen sei der Vorschlag für die „K. P.“ als relativ gering zu bezeichnen, da die sonstigen am Ort erscheinenden Zeitungen, und zwar nicht allein die Tagespresse, noch ganz andere Summen zu ihrem Unterhalt erforderten.

Nach Anhören dieses Berichts wünscht die Versammlung zu erfahren, um wie vieles jede der übrigbleibenden Gruppen gegen früher und gegen den neuen Vorschlag, gemacht in der Voraussetzung, daß alle Ortsgruppen, die bisher zum Verbande gehörten, auch ferner zu ihm zählen würden, mehr belastet werden müßte, um die Verbandsorganisation und die „Kauf. Post“ aufrecht halten zu können. Die Antwort des Berichtenden lautet: „Um ca 25% mehr gegen den neuen Vorschlag“. Die genauere Berechnung ergibt hierbei folgendes Zahlenverhältnis (ihre liegt nur der Kostenanschlag für die „Kauf. Post“ zu Grunde, da der Unterhalt des Verbandes selbst bei Erhöhung des Prozentes kaum in Betracht kommt): a) Selensdorf (21¹/₂%) hätte zu zahlen Abl. 9708.20 (zahlte bisher 4233.34 und hätte nach dem neuen Vorschlag zu zahlen: 7408.33); b) Katarinenfeld (21¹/₂%) — dasselbe; c) Elisabeththal (13¹/₂%) 6379.50 (gegen 2783.34 früher und 4870.84 nach dem neuen Vorschlag); d) Balu (1¹/₂%) 2292.50 (1000; 1750); e) Tiflis (4¹/₂%) 2063.20 (900; 1575); f) Marienfeld (3¹/₂%) 1604.70 (700; 1225); g) Grünfeld (3¹/₂%) 1534.40 (666.67; 1166.66); h) Merzenka (2¹/₂%) 1146.30 (300; 875) und i) Traubenfeld (1¹/₂%) 563. — (250. —; 437.50). Das macht insgesamt Kbl. 35 000. — monatlich aus.

Nach dem Bekanntwerden dieser Berechnung hält die Versammlung es für nötig, sich bis zum nächsten Morgen zu vertagen, damit die Delegierten die Möglichkeit hätten, sich die Sache gründlich zu überlegen, bevor sie eine verbindliche Antwort auf die Frage betreffs Liebernahme der Mehrzahlung namens ihrer Auftraggeber, der einzelnen Ortsgruppen, erteilen würden.

E. Kamparter bittet, vor Schluß der Sitzung noch die prinzipiell wichtige Frage der Stimmberechtigung der Mitglieder des Zentral-Vorstandes auf der D. B. zu entscheiden, und proponiert dabei, den verneinenden Bescheid der vorigen D. B. aufrechtzuerhalten, da er durchaus folgerichtig und den parlamentarischen Gewohnheiten entsprechend sei. Nach lebhaftem Meinungsaustausch wird über die Frage abgestimmt. Für die Stimmberechtigung (nach dem bis zur vorigen D. B. beobachteten Verfahren) auf den D. B. (en) stimmen alle Delegierten, mit Ausnahme E. Kamparters, und gilt dieselbe somit als angenommen.

Darauf wird noch, auf Verlangen der Versammlung, die Liste der Rückstände verlesen und beschlossen, dieselbe im Zusammenhang mit dem Bericht über die tagende D. B. in der „Kauf. Post“ zu veröffentlichen. Wir werden hierauf in der nächsten Nummer zurückkommen.

Zum Schluß ergreift der als Vertreter des neu gegründeten Lehrerverbandes auf der D. B. amwesende Lehrer G. Pfeiffer (Leiter der „Deutschen Schule“ in Tiflis) das Wort und ermahnt die zum Abfall bereiten Ortsgruppen, von ihrem Vorhaben abzulassen, da die Folgen desselben für sie verhängnisvoll sein dürften (Fehlen von Lehrkräften, Anschließ der Lehrer aus dem Lehrerverbande, geistige Rückständigkeit dieser infolge mangelnden Anschlusses an die Kollegen und die Lehrer-Konferenz, schließlich Mangel an Kandidaten für die vakanten Lehrerstellen in den isolierten Gemeinden usw.). Die warnberzige, aufrichtige Rede macht auf die Versammlung einen tiefen Eindruck, der in lautm Beifallstößen seinen Ausdruck findet.

Über die Sitzung am 13. VIII werden wir gleichfalls erst in der nächsten Nummer berichten, möchten hier aber schon bemerken haben, daß die Vertreter sämtlicher 9 im Verbande verbleibenden Ortsgruppen sich zu dem im Vorschlag vorgegebenen einfachen Mehrzahl verpflichtet haben, die Entscheidung über die ergänzende Mehrzahlung (25%) aber von der Zustimmung ihrer Auftraggeber abhängig machten, und daß in Anbetracht dessen die Unterbrechung der D. B. bis zum 23. VIII beschlossen wurde. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem deutschen Leben.

Entwurf der Satzungen des deutschen Lehrerverbandes in Transkaukasien.

A. Bestand.

§ 1. Zum Verbande der deutschen Lehrer in Transkaukasien gehören alle Lehrer der deutschen Schulen im Verbande der transkaukasischen Deutschen und, soweit sie sich freiwillig der Konferenz anschließen, auch die transkaukasischen deutschen Lehrer anderer Schulen.

B. Aufgabe.

§ 2. Förderung des Schulwesens in Georgien und Abjerbeidjan.

C. Organisierung.

§ 3. Alle ihre Angelegenheiten werden geregelt a) durch die Konferenz und b) durch den Vorstand.

a) Die Konferenz.

§ 4. Die Konferenz wird von dem Vorlande mindestens 1 mal jährlich in der 2. Hälfte des August einberufen.

§ 5. Die Konferenz bespricht alle möglichen Schulfragen und faßt Beschlüsse darüber, auch macht sie sich zur Aufgabe, ihre Mitglieder durch alle möglichen Veranstaltungen geistig anzuregen und beruflich zu fördern.

§ 6. Beschlüsse über Fragen, die nicht rein pädagogischer Natur sind, werden von der Konferenz dem Zentral-Vorland zur Befragung und Annahme in der Delegiertenversammlung mitgeteilt.

§ 7. Bei allen diesbezüglichen Beratungen, wie überhaupt bei der Besprechung von Schulfragen durch die Delegiertenversammlungen, haben die Mitglieder des Vorstandes Sitz und Stimme wie die übrigen Delegierten.

b) Der Vorstand.

§ 8. Die Konferenz wählt einen Vorstand aus 5 Mitgliedern auf je ein Jahr: dem Vorsitzenden, 1 Schriftführer und 3 weiteren Mitgliedern.

§ 9. Der Sitz des Vorstandes ist dort, wo der jeweilige Vorstände angelegt ist. Aus demselben Orte muß auch der Schriftführer und aus demselben Staate ein 3. Mitglied gewählt werden.

§ 10. Die übrigen 2 Mitglieder werden aus einem Orte im anderen Staate gewählt. Beide Gruppen arbeiten nach einer vom Vorlande gemeinsam ausgearbeiteten Geschäftsordnung.

Anmerkung. Der Vorsitzende des Verbandes wird mit regelmäßiger Abwechslung je auf 1 Jahr aus Georgien und Abjerbeidjan gewählt.

§ 11. Die Funktionen des Vorstandes sind: Einberufung und Leitung der Konferenzen sowie Ausführung ihrer Beschlüsse. Alle im Laufe des Jahres auftretenden Fragen, deren Lösung keinen Aufschub zu einer Konferenz bildet, entscheidet der Vorstand sofort selbständig oder durch Vorschläge bei der Lehrerschaft oder durch Beratungen der Delegierten dieser. Er tritt im Namen der Konferenz ein für die berechtigten Interessen ihrer Mitglieder, ist sich aber auch bewußt, daß sich die Konferenz als verantwortlich hält für deren Wirksamkeit. Er macht darum von Zeit zu Zeit durch seine Mitglieder Besuche in den verschiedenen Schulen, die den Zweck haben, den betriebl. Lehrern Anregung und Ermutigung in ihrem Berufe zu bringen und sich mit dem Zustande der Schulen und der Lage der Lehrer bekanntzumachen, um der Konferenz notigfalls darüber berichten zu können. Die damit verbundenen Unkosten tragen die betriebl. Gemeinden bzw. der Verband der transk. Deutschen.

Er verlangt die Jahresberichte von allen Schulen und sammelt sie im Archiv der Konferenz.

Anmerkung. Der Vorstand ist verpflichtet, vorkommende Unmündlichkeiten und Veräußerungen der Mitglieder in Beantwortung seiner Schreiben zur Kenntnis der K. zu bringen.

D. Mittel. Verbandskasse.

§ 12. Die Mittel des Verbandes bestehen aus den Mitgliedsbeiträgen und freiwilligen Spenden. Die Mitgliedsbeiträge sind für alle Mitglieder des Verbandes obligatorisch und müssen vierteljährlich entrichtet werden. Es wird die progressive Erhebung der Beiträge, den Gehältern entsprechend, festgesetzt, und zwar: von monatlichen Gehältern bis 1000 Kbl. — 1¹/₂%; bis 1500 Kbl. — 2¹/₂%; mehr als 1500 Kbl. — 1¹/₂%. Anmerkung. Bei Berechnung der Gehälter werden die Naturalien zum jeweiligen Preise in Geld umgesetzt. Beim Austritt eines Mitgliedes aus dem Verbande werden die Beiträge nicht zurückerstattet. Die Kasse verwaltet der Sekretär des Verbandes. Die Kasse wird von einer von der Konferenz zu wählenden Kommission alljährlich revidiert. Anmerkung. Bis zur nächsten Konferenz hat der Vorstand die Pflicht, die vervollständigten Statuten der Konferenz zu unterbreiten.

Herausgeber und verantwortlich für die Redaktion der Z. B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

Die Abtheilung
Zur politischen Lage
fällt auch diesmal aus technischen Gründen aus.
Die Schriftleitung.